

4.3. Familienpolitische Denkanstöße - sieben Abhandlungen

Max Wingen

Band 1 der Reihe CONNEX - gesellschaftspolitische Studien, Wissenschaftliche Reihe des ZFG (Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, 292 Seiten, 22 Euro, Vektor-Verlag Graftschaft 2001

Mit diesem Band eröffnet das ZFG seine wissenschaftliche Reihe CONNEX, gesellschaftspolitische Studien. Das ZFG wurde zu Beginn des Jahres 2001 als interdisziplinäre Forschungseinrichtung gegründet.. Insofern ist zu vermuten, dass der Aufnahme dieser Denkanstöße als Band 1 der Reihe eine gewisse programmatische Bedeutung für die Arbeit des Instituts zukommt. Oder ist es die Bestandsaufnahme bisheriger Familienpolitik als Abschluss traditioneller Familienpolitik, der jetzt etwas Neues folgt? André Habisch, der Leiter des ZFG; formuliert in seiner Vorstellung der Reihe als eine der Leitperspektiven, beobachtbare Veränderungen jeweils auf ihre Konsequenzen für eine grundlegende (Gesellschafts-)Ordnungspolitik hin zu befragen. Dabei werde nicht am theoretischen Nullpunkt eingesetzt, das Rad sei nicht neu zu erfinden. Es gebe in der Nachkriegsliteratur beachtlich klare Perspektiven, auch dann, wenn sie in den darauf folgenden Jahrzehnten ohne durchschlagende Wirkung auf die Gestaltungslinien der Politik geblieben seien. Erinnert werden Namen wie Mackenroth, Schreiber und auch der Autor des Bandes 1, Max Wingen, "ein familienpolitischer Kopf der ersten Stunde... Die hier vorgelegten Abhandlungen - vom Autor bescheiden als 'Denkanstöße' titulierte - vermögen in beachtlicher Breite Bezüge zu einem halben Jahrhundert familienpolitischer Diskussionen in Deutschland herzustellen und daraus Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Sie sind damit besonders geeignet, die neue Reihe konzeptionell zu verorten und Anschlussstellen an bisher Gedachtes und Geschriebenes zu markieren".

Von diesem Anspruch her ist das vorgelegte Buch zu beurteilen?

.. Gibt es die Denkanstöße zu notwendige Konsequenzen für eine grundlegende (Gesellschafts-)Ordnungspolitik?

.. Warum ist diesen Denkanstößen in der Vergangenheit eine durchschlagende Wirkung auf die Gestaltungslinien der Politik versagt geblieben?

.. Sind von diesen Denkanstößen Zukunftsperspektiven zu erwarten?

In dem Sammelband sind bis auf drei Ausnahmen Referate und Aufsätze, die in anderem Zusammenhang entstanden und veröffentlicht wurden, zusammengefasst. Die Einleitung "Wie wichtig ist die Familie für unsere Sozial- und Wirtschaftsordnung?" und die beiden Beiträge "Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik" sowie "Anmerkungen zu 50 Jahren Familienpolitik mit Reflexionen und Reminiszenzen" sind exklusiv für den Band entstanden. Alle Beiträge sind aber auf aktuellem Stand.

Einen guten Ein- und Überblick über den Sammelband geben die Überschriften der einzelnen Beiträge, auf deren jeweilige inhaltliche Darstellung im Detail hier aus Platzgründen verzichtet werden muß:

Im ersten Beitrag geht es um die wissenschaftliche und politische Bedeutung von Familie und Haushalt. Betont wird eine große Diskrepanz zwischen der überaus hohen Bedeutung, die den von Familien und (Privat-)haushalten erbrachten Leistungen und davon ausgehende Wirkungen für die Lebensqualität des Einzelnen und der Wohlfahrt der Gesellschaft hier zugemessen wird, andererseits dem niedrigen Stellenwert dieses Arbeits- und Leistungsbereichs in einer markt- und

erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft. Es wird davor gewarnt, den verbalen Kraftakten der politischen Akteure auf den Leim zu gehen und sich hier eher an die politischen Taten zu halten. Schließlich sei (eher polemisch) der Impulsgeber für eine familienbezogene Sozial- und Wirtschaftspolitik beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe installiert.

Die Bedeutung der Familie in den verschiedenen wissenschaftlichen Teilbereichen: Familiensoziologie, Familienpsychologie, Kindheit- und Jugendforschung, Familienökonomie, Familiendemografie, Familienrecht und Sozialgeschichte wird behandelt. Bei der Familienökonomie wird darauf hingewiesen, dass die im Familienhaushalt geleistete Arbeit in ihrem Volumen etwa beim 1 1/2-fachen des Volumens der Arbeit im Erwerbsektor liegen dürfte. Damit kontrastiere, daß der Haushalt auch mit am Beginn der inzwischen breit entfalteten Betriebswirtschaftslehre stand, heute aber müssten die überwiegend weiblichen Vertreterinnen der Haushaltswissenschaften große Anstrengungen unternehmen, sich im Konzert der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin zu behaupten. Dort herrsche weiterhin ein Denken vor, in dem wirtschaftliches Handeln jenseits des Marktes und der Unternehmen von vorne herein weniger Beachtung findet. Was zähle, sei in der Sicht der liberalen Ökonomie der Marktwert und die im Markt abgesetzte Produktion. Stellt sich nur die Frage, ob die VertreterInnen der Familienwissenschaften, Familienpolitik und insbesondere auch der Familienbildung dem nicht auch Vorschub leisten?

Daraus folgert Wingen jedenfalls auch eine relative Geringschätzung der Familie und des Familienhaushalts im politischen Raum, die dorthin von der Geringschätzung im wissenschaftlichen Raum ausstrahle. Es entstehe so etwas wie eine abwärts gerichtete "Bedeutungsspirale". Daraus wird gefolgert: Ob eine solche Entwicklung nachhaltig korrigiert werden kann, hängt sicherlich mit davon ab, inwieweit es gelingt, den Privathaushalt als Ort von Eigenleistungen (!) und "Haushaltsproduktion" und in ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt des Einzelnen und der Gesellschaft ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. An dieser Stelle wird dann auf die wirklich weiterführenden Aussagen des 5. Familienberichts und die starken Impulse, die die Forschungen im Bereich von Haushalt und Familie durch die aus den USA herübergekommene "New Home Economics" erhalten habe. Grundlegend dazu in Deutschland die Arbeiten von H.-G. Krüsselberg, der die erste Zeitverwendungsstudie für Deutschland erstellt und überraschende Ergebnisse erzielt hat bei dem Versuch, mit neuen ökonomischen Methoden die Arbeit in den Familienhaushalten zu messen.

Die zweite Abhandlung befasst sich mit sozialordnungspolitischen Aufgaben der Familienpolitik am Beginn des neuen Jahrhunderts. Familienpolitik wird hier verstanden "als über Umverteilungsmaßnahmen herkömmlicher sozialpolitischer Prägung weit hinausreichende gesellschaftliche Ordnungspolitik"

Der dritte Beitrag fasst in 10 Thesen zusammen, was zu einer konfliktfreieren Balance von Familien- und Erwerbsarbeit als Querschnittsaufgabe aus der Perspektive der Familienpolitik zu sagen ist.

Im vierten Teil geht es um Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik. Sehr sensibel wird hier jeder Gefahr von vornherein vorgebeugt, Familien könnten für Bevölkerungspolitik instrumentalisiert werden. Es geht im Kern um die Sicherstellung des in der Menschenrechtserklärung von Teheran (1968) festgeschriebenen "grundlegenden Rechts der (Ehe-) Paare, frei, verantwortlich und informiert über die Zahl der Kinder und den zeitlichen Abstand ihrer Geburt zu entscheiden," woran sich dann einige kritische Fragen anschließen, wie "frei" diese Entscheidungen in der Wirklichkeit tatsächlich sind.

Aufgenommen in diesen Teil ist aber auch der zweite Aspekt des Bevölkerungsprozesses, nämlich die Wanderungsbewegung, an die sich ähnliche kritische Anfragen anschließen und weitere anschließen lassen.

Generationenbilanzen als Orientierungshilfe für eine generationensolidarische Gesellschaftspolitik, ein relativ neues Instrument, wird sehr differenziert abgehandelt, auch mit der Warnung vor übertriebenen Erwartungen. Allerdings wird hier - wie übrigens in der ganzen traditionellen Familienpolitik - ausschließlich der Aspekt der "Belastung" gesehen. Man kann z. B. über Sinn und Unsinn der Staatsverschuldung trefflich streiten, aber bei der Aufnahme dieses Aspektes in Generationenbilanzen muss doch auch gesehen werden, daß der internen Staatsverschuldung als andere Seite derselben Medaille Gläubigerpositionen gegenüberstehen, die auch an die nachwachsenden Generationen vererbt werden. Alois Oberhauser hat kürzlich zu Recht von der "angeblich" belasteten jüngeren Generation gesprochen. Vererbt werden auch Kapitalausstattungen mit einer nie zuvor dagewesenen Arbeitsproduktivität, was die grundsätzlich richtige "Mackenroth-These" entscheidend relativiert.

Der Beitrag "Stärkung des Gewichts der Familienbelange im Prozess der politischen Willensbildung durch ein Familienwahlrecht" weist auf ein grundlegendes Problem hin, warum die Belange der Familien im politischen Geschehen eine so geringe Rolle spielen. Es werden zwei Formen unterschieden: Ein Elternmehrstimmrecht, dass also den Eltern eine oder mehr Stimmen gegeben werden, oder ein Vertretungswahlrecht im Sinne eines Wahlrechts der Kinder, das von den Eltern stellvertretend ausgeübt wird. Historische Entwicklung dieser Idee, verfassungsrechtliche Bedenken und politische Realisierungschancen werden in dem Beitrag sehr differenziert dargestellt. Auch wenn ein solches Wahlrecht sich nicht durchsetzen lässt, die politische Diskussion darüber, das ist wohl auch die Meinung des Verfassers, legt den Finger in eine offene Wunde und sollte nicht zur Ruhe kommen. Dies gilt insbesondere dann, wenn man weiterhin so ausschließlich auf die Politik und sozialpolitische Umverteilung in der Familienpolitik setzt, wie dies herkömmliche Familienpolitik tut.

Der letzte Beitrag "Anmerkungen zu 50 Jahren Familienpolitik mit Reflexionen und Reminiszenzen" bringt eine sehr spannend zu lesende geschichtliche Abfolge des Werdens der Familienpolitik in Deutschland mit Erfolgen und Niederlagen, mit den handelnden Personen und mit den Auseinandersetzungen um die verschiedenen programmatischen Konzepte. Hier finden sich am Schluß auch die Einsichten und Aussichten, die der Verfasser aus seiner reichhaltigen Erfahrung für die weitere Entwicklung mit auf den Weg gibt. Es ist wohl auch eine Art persönlicher Lebensbilanz des Verfassers, der diesen Prozess - auch dies wird in dem Beitrag immer wieder deutlich - wie kaum ein anderer angestoßen, begleitet, in verschiedenen Funktionen beeinflusst hat. Gleich zu Beginn fasst er drei Eindrücke zusammen, die sich ihm in dieser langjährigen Arbeit aufdrängen:

1. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte erinnert nicht selten an die "Echternacher Springprozession"
2. Dies habe offensichtlich auch damit zu tun, dass die Familienbelange nur begrenzt organisationsfähig seien.
3. Dies hänge wiederum mit einem gesellschaftstheoretischen Fundamentalirrtum zusammen, Kinder haben sei eine reine Privatangelegenheit.

Bewertung:

Offensichtlich ist die in dem Sammelband dargestellte klassische Familienpolitik in eine Krise geraten. Das klingt auch an mehreren Stellen in den Aufsätzen immer wieder durch. Ohne in dem bisherigen Bemühen nachzulassen und ohne das bisher Erreichte in Frage stellen zu lassen, stellt sich die Frage, ob mit diesem Ansatz die angestrebten Ziele erreicht werden können.

Trotz aller differenzierenden Hinweise ist bisher Familienpolitik im wesentlichen Familienlastenausgleich bzw. Familienleistungsausgleich über staatlich organisierte Umverteilung. Diese stößt an zwei entscheidende Grenzen:

1. Makroökonomische Verteilungswirkungen sorgen dafür, dass steuer- oder abgabefinanzierte Leistungen von den Empfängern selbst finanziert werden, d. h. Umverteilung findet faktisch gar nicht statt. Insofern hat der Sozialrichter Borchert recht mit seinem Hinweis: Den Familien wird die Sau vom Hof geholt und sie bekommen drei Koteletts zurück.

2. Das Gerede von den Grenzen des Sozialstaats macht es zudem bei den gegebenen politischen Machtverhältnissen wenig wahrscheinlich, auf den herkömmlichen Wegen wesentlich mehr herauszuholen, jedenfalls wenn man als Ziel eine Gleichstellung von Kinderhabenden und Kinderlosen erreichen will. Es gelingt noch nicht mal mehr über Dynamisierungen das bisher Erreichte zu sichern.

Hinzu kommen in Zukunft ganz paradoxe Entwicklungen, die der jetzigen Tagesdiskussion entgegengesetzt verlaufen werden. Ich will nur einige andeuten:

1. Bei weiterhin anhaltender Entwicklung der Arbeitsproduktivität wie in der Vergangenheit und zurückgehender Bevölkerung werden wir im Jahre 2040 eine wesentlich größere Zahl von Arbeitslosen haben als derzeit, trotz der Versorgung einer größeren Zahl von Rentnern und trotz einer jährlichen Zuwanderung an Wohnbevölkerung von 100.000. Ökonomisch ist also bevölkerungsbewusste Familienpolitik und Zuwanderung eher deswegen geboten, weil wir potentielle Nachfrage erschließen müssen, von der Produktion her sind die Probleme gelöst, auch das Problem der Versorgung einer wachsenden Zahl von Rentnern mit den erforderlichen Gütern.

2. Wir werden auch aus ökonomischen Gründen nicht umhin kommen, einen Paradigmenwechsel im Grundverständnis von Ökonomie in Gang zu setzen, der wieder zurückführt zu einem Verständnis der Wirtschaft als "Haushalten", "Wirtschaft als Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen", wie es O. v. Nell-Breuning definiert hat. Nachhaltigkeit und wirtschaftlich handeln sind identische Verhaltensweisen, genauso wie Ökologie und Ökonomie vom Wort und der Sache her dasselbe meinen. Beide führen auf das griechische Wort *Oykos* (= das Haus) zurück.

3. Die wissenschaftliche Entwicklung hat hier bereits vorgearbeitet. Die Erkenntnisse der Bildungsökonomik oder noch mehr der "Neuen Haushaltsökonomik" (beide haben den 5. Familienbericht von 1995 wesentlich beeinflusst) helfen uns, den privaten Familienhaushalt auch als den Produktionssektor zu sehen, wo außerhalb des Marktes und außerhalb auch der am Markte üblichen Verhaltensmuster der größte Teil unseres Sozialproduktes tatsächlich entsteht - auch wenn die bisherige Sozialproduktberechnung das noch nicht in Preisen erfassen und deshalb nicht messen zu können glaubt. Aber davon leben wir! Und inzwischen haben wir auch vom Statistischen Bundesamt eine sogenannte Satellitenrechnung, die die Zeitverwendung für produktives Arbeiten in den privaten Haushalten misst und darstellt.

Das gesellschaftliche, soziale und ökonomische Problem der Zukunft (wobei diese Unterscheidungen schon wieder problematisch sind) wird sein, dass wir die durch die weitere Entwicklung der Produktivität im herkömmlichen industriellen Sektor nicht mehr benötigten Menschen in anderen Feldern sinnvoll arbeiten lassen und ihnen dafür auch ein gleichwertiges Einkommen zahlen. Aus der dann so organisierten Vollbeschäftigung können zusätzlich die ersparten fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit auch für ein kostenausgleichendes Kindergeld und die Schaffung von Betreuungseinrichtungen eingesetzt werden.

Dazu müsste die herkömmliche Familienwissenschaft und Familienpolitik und ihre Akteure die Tarifparteien auf makroökonomischer Ebene einbeziehen - in diese Richtung gingen ja Anstöße des 5. Familienberichts - und sie müssten - und das ist das Hauptproblem und davon ist auch im Sammelband an verschiedensten Stellen die Rede, Trennungen aufgeben, die von der Systemtheorie noch verstärkt worden sind, als ob Wirtschaft nur die Marktökonomie sei mit eher verwerflichen

Verhaltensmustern und als ob Familie demgegenüber etwas ganz anderes ist. Es wäre viel selbstbewusster deutlich zu machen, dass Familienhaushalte den größten Wirtschaftssektor verkörpern und diese von ihrer Nachfrage auch nach menschlicher Arbeitskraft die eigentlichen Problemlöser der Zukunft sind.

Ich weiß, dass Max Wingen diese Fragen sieht, dass er persönlich mitarbeitet an der Klärung von Fragen in diesem Zusammenhang. Sein Buch als erster Band in der Reihe des ZFG markiert also den bisherigen Weg, formuliert die Probleme und die Fragestellungen, listet die wissenschaftlichen und politischen Konzepte und Instrumente auf. Dahinter darf nicht mehr zurückgegangen werden.

Für die Zukunft scheint mir wichtig, die Familienpolitik von der etwas einseitigen Fixierung auf Fiskalpolitik und Umverteilung weiterzuentwickeln, sie auf makro-ökonomischer Ebene in einen Pakt mit den "indirekten Arbeitgebern" einzubringen. Dort könnte z. B. ein gleichwertiges Erziehungseinkommen für die in der Familienarbeit Tätigen, Männer und Frauen, sowohl die Arbeit in der Erziehung (und Pflege) als auch in der außerhäuslichen Erwerbsarbeit wahlfrei ermöglichen und zumindest die konfliktfreie Balance von Familien- und Erwerbsarbeit vernünftig ermöglichen.

Hans Ludwig

Mettlach, 2002